

Die Neuregelungen zum 1.4.25 in der HGO (zB zu digital möglichen Sitzungen) führen zu im Juni noch zu erwartenden Vorschlägen des HSGB für zB Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen.

Hauptthema waren die kommunalen Finanzen. Haushaltsgausgleiche, die gefordert sind, werden fast von allen Kommunen als schwierig beschrieben.

Nicht der Finanzminister oder sein Staatssekretär war Referent und Gesprächspartner, sondern ein Beamter, der in Kürze in Pension geht. Hohe Fachkompetenz kann ihm bescheinigt werden; zu politischen Fragen war die Diskussion eher schwierig.

Er und die ein Grußwort sprechende Landtagspräsidentin, Astrid Wallmann, betonten, dass das Land und die Kommunen „eine Familie“ seien.

Allerdings: Der kommunale Finanzausgleich mit ca. 7,2 Milliarden Euro im Jahr wird in den nächsten Jahren nicht wesentlich erhöht werden; die Gemeinden werden mit ihrem Defizit von ca. 2,6 Mill. im letzten Jahr und auch sonst nicht weiter finanziell unterstützt.

Der Referent fordert:

- . Die Sozialausgaben sind zu hoch und müssen reduziert werden.
- . Die Digitalisierung muss vorangehen.
- . Alle Standards müssen abgesenkt werden.
- . Es darf weniger Rechtsansprüche geben (zB kein Recht auf einen Kiga-Platz, kein Recht auf eine Schulbegleitung behinderter Kinder etc.)

Aufwendungen/Ausgaben zu reduzieren ist aus seiner Sicht die einzige Möglichkeit, die kommunalen Finanzen in den Griff zu bekommen; mit mehr Geld kann nicht gerechnet werden.

Auch bei der Betreuung der Kinder im Vorschulalter – die, was der Referent betont, eine originäre Aufgabe der Kommunen ist – ist mit mehr Unterstützung durch das Land nicht zu rechnen.

Fazit für mich: Enttäuschung und Ernüchterung; wir werden als Kommunen allein gelassen.

Das hat negative Auswirkungen auch auf das örtliche kommunale Engagement und damit auf das demokratische Gemeinwesen insgesamt.

Klaus Schäfer